

Wenn es heute um Krieg geht, geht es meist um Krieg innerhalb von Staaten und nicht zwischen Staaten. Zwar greifen immer wieder ausländische Mächte in inländische Konflikte ein, wodurch eine Mischform von Krieg innerhalb und zwischen Staaten entsteht. Aber die klassische militärische Auseinandersetzung zwischen Nationen, die von Beginn der Revolutionskriege Ende des 18. Jahrhunderts bis zu den beiden Weltkriegen zumindest in Europa den Regelfall bildete, ist ab Mitte des 20. Jahrhunderts zunehmend die Ausnahme geworden.

Wer glaubt, dass dadurch auch das Kriegsleid verschwunden ist, der irrt. Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass im kommenden Jahr etwa 132 Millionen Menschen Hilfe zum Überleben brauchen werden. Vor allem die Bürgerkriege im Nahen Osten, in Afghanistan und Afrika stürzten die Bevölkerung in Hunger und Elend. Etliche Konflikte zogen sich bereits über Jahre hin und verlängerten das Leiden der Opfer immer weiter. Im Jemen haben dieses Jahr jeden Monat durchschnittlich etwa acht Millionen Kinder, Frauen und Männer Lebensmittelrationen erhalten. In Syrien sind monatlich mehr als fünf Millionen Bedürftige mit Unterkünften und Hilfsgütern versorgt worden.

Diese Ausmasse von gegenwärtiger Kriegsgewalt und ihren Folgen sind in den Gesellschaften der westlichen Welt bisher kaum präsent. Daran hat auch die in den letzten Jahren gestiegene Zahl von Flüchtlingen aus den Krisengebieten nur wenig geändert. Umso verdienstvoller ist es, dass David Armitage das Gewaltphänomen des Bürgerkrieges nun einmal grundlegend beleuchtet, das Europa seit Ende des 20. Jahrhunderts vom Balkan über die Ukraine bis nach Afghanistan, vom Irak über Syrien bis in den Südsudan umgibt.

25 Millionen Tote

Armitage ruft nicht nur in Erinnerung, dass Bürgerkriege zu der am weitesten verbreiteten, charakteristischen Form organisierter Gewaltausübung durch Menschen geworden sind. Der Geschichtswissenschaftler an der Harvard University und Honorary Professor der Universitäten Cambridge und Sydney veranschaulicht auch überaus einprägsam die Dimensionen der Gewaltform Bürgerkrieg: Sie richte die grössten Zerstörungen an. In den Jahrzehnten nach dem Kalten Krieg habe ihre Häufigkeit einen neuen Höhepunkt erreicht. In der Tat waren seit 1989 zu jedem Zeitpunkt durchschnittlich zwanzig innerstaatliche Kriege im Gang, etwa das Zehnfache des globalen Jahresdurchschnitts zwischen 1816 und 1989.

Aus gutem Grund gedenkt Armitage dabei der Opfer dieser Bürgerkriege, die im kollektiven Gedächtnis der Europäer – 2018 auf die Erinnerung an das

Wir wissen zu wenig über Bürgerkriege

Seit 1989 sind global rund zwanzig innerstaatliche Konflikte im Gang. Trotzdem ist diese Form des Kriegs viel weniger gut erforscht als Kriege zwischen Staaten. David Armitage legt einen historischen Überblick vor. Von Thomas Speckmann



Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass dieses Jahr etwa 132 Millionen Bürgerkriegsopfer Hilfe zum Überleben brauchen. RODI SAID / REUTERS

Ende des Ersten Weltkrieges und 2019 auf den Beginn des Zweiten Weltkrieges fokussiert – bis heute kaum eine Rolle spielen. Dabei sind die Zahlen erschütternd: 25 Millionen Tote sind seit 1945 zu beklagen. Dies sind zwar halb so viele wie in den militärischen Konflikten des Zweiten Weltkrieges. Aber in diese Zahl sind verletzte, vertriebene und tote Zivilisten nicht mit eingerechnet, ganz zu schweigen von jenen, die von Krankheiten und Hunger betroffen waren.

Einer grösseren Öffentlichkeit beinahe unbekannt dürften bisher auch die materiellen und wirtschaftlichen Kosten der heutigen Bürgerkriege sein. Armitage zitiert Analysen der globalen Entwicklung, die sich auf die kriegerischen Auswirkungen auf das Wachstum konzentrieren und dabei den Verlust von Menschenleben und den von ihm verursachten Rückgang der Produktivität ebenso in Rechnung stellen wie den Wert der vergeudeten Ressourcen, die Militärausgaben, die Verbreitung von Kriminalität und Krankheiten sowie die Beeinträchtigung benachbarter Volkswirtschaften.

Das Ergebnis dieser Berechnungen: Das jährliche «Preisschild» für Bürgerkriege liegt bei rund 123 Milliarden Dollar. Dabei kommt es zu einer bitteren Ironie, auf die Armitage hinweist: Diese enorme Summe ist ungefähr so viel, wie der globale Norden jedes Jahr an Wirtschaftshilfe für den globalen Süden bereitstellt. Daher bezeichnet auch Armitage die heutigen Bürgerkriege als «Entwicklung im Rückwärtsgang».

Hinzu kommt die zeitliche Dimension: Kriege innerhalb von Staaten dauern in der Regel ungefähr viermal länger als zwischenstaatliche Konflikte – und in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dehnten sie sich allgemein dreimal so lang aus wie in der ersten Hälfte. Zudem sieht Armitage bei innerstaatlichen Konflikten eine größere Gefahr, dass sie wieder aufflammen. So sei die wahrscheinlichste Folge eines Bürgerkrieges ein weiterer Bürgerkrieg. In der Tat bedeutete annähernd jeder innerstaatliche Konflikt der letzten zehn Jahre die Wiederaufnahme eines früheren.

Darüber hinaus sind unverhältnismässig oft die ärmsten Länder der Welt die Schauplätze von Bürgerkriegen, insbesondere in Afrika und Asien – Bevölkerungen, die der Entwicklungsexperte und Wirtschaftswissenschaftler Sir Paul Collier als «die unterste Milliarde» bezeichnet hat. Hier macht Armitage eine Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen aus, die das Verhältnis zwischen West und Ost und zwischen Nord und Süd zunehmend prägt: Während sich die weiter entwickelten Teile der Welt seit 1945 eines langen Friedens erfreuten, erlitten grosse Teile der Weltbevölkerung ein ebenso langes Trauma. Diese beiden Welten treffen nun verstärkt durch die Flüchtlingsströme von Süd nach Nord

und von Ost nach West aufeinander – mit wiederum konfliktreichen Folgen.

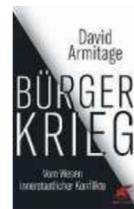
Dass der Norden und vor allem der Westen auf diese Entwicklung mental schlecht vorbereitet sind, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass das Gewaltphänomen Bürgerkrieg bislang weniger gut erforscht worden ist als Kriege zwischen Staaten. Armitage stellt pointiert fest, dass es kein großes Werk mit dem Titel «Vom Bürgerkrieg» gebe, das neben Carl von Clausewitz' «Vom Kriege» oder Hannah Arendts «Über die Revolution» stehen würde.

Armut und Bürgerkrieg

Von Clausewitz erörterte den Bürgerkrieg fast überhaupt nicht. Arendt tat ihn zusammen mit dem Krieg selbst als aus der Zeit gefallen und antimodern ab. Hans Magnus Enzensberger stellte während des Bürgerkrieges im zerfallenen Jugoslawien 1993 fest: «Eine brauchbare Theorie des Bürgerkrieges existiert bis heute nicht.» Sein italienischer Kollege Giorgio Agamben fiel noch 2016 auf: «Es gibt heute ebenso eine «Polemologie», eine Theorie des Krieges, wie eine «Irenologie», eine Theorie des Friedens, aber es fehlt an einer «Stasiologie», einer Theorie des Bürgerkrieges.»

Zwar findet sich auch bei Armitage keine Theorie des Bürgerkrieges. Auch eine Anleitung, wie Bürgerkriege zu beenden sind, fehlt weiterhin, zu stark entziehen sich diese einer Verallgemeinerung. Aber der vorliegende Überblick über dieses die Gegenwart und – aller Voraussicht nach – ebenso die Zukunft dominierende Gewaltphänomen hilft, eine Welt zu verstehen, die auch weiterhin von innerstaatlichen Konflikten und Armut geprägt sein wird. Vor allem weil Bürgerkriege in der Regel nicht lange «bürgerlich» bleiben: 2015 waren zwanzig der fünfzig inneren Konflikte von Afghanistan bis zum Jemen internationalisierte Bürgerkriege, die Streitkräfte aus Nachbarländern anlockten oder zum Anlass für Interventionen äusserer Mächte wurden.

Und da, solange es diese Wechselwirkungen gibt, meist die ärmeren Länder von Bürgerkriegen betroffen sein werden, sollte es umso mehr im ureigenen Interesse der reicheren Länder liegen, die beiden eng miteinander verwobenen Phänomene von Armut und Bürgerkrieg zu durchdringen – um des eigenen Überlebens willen. Armitage hat dafür die Grundlage geschaffen.



David Armitage: Bürgerkrieg. Vom Wesen innerstaatlicher Konflikte. Aus dem Englischen von Sebastian Vogel. Klett-Cotta-Verlag, Stuttgart 2018. 391 S., Fr. 32.40.

Schöne Armee ohne Geld

Grösster Feind aller Streitkräfte ist das Finanzministerium

Andres Wylsing · Öffentlich gerüffelt und gedemütigt, geradezu «exekutiert» hat der neue Präsident Frankreichs den altgedienten Generalstabschef, am Vorabend vor dem versammelten Offizierskorps. Jetzt ist der 14. Juli, Emmanuel Macron und Pierre de Villiers stehen nebeneinander auf den Champs-Élysées und nehmen das grosse Defilee ab. Wenige Tage später wird der General seinen Rücktritt einreichen. Er hatte in einem Zeitungsartikel mehr Geld für die Streitkräfte gefordert. Macron liess sich eine solche Insubordination nicht bieten.

Es ist der Höhepunkt eines jahrelangen Zerwürfnisses zwischen der politischen und der militärischen Führung Frankreichs. Darüber berichtet Nathalie Guibert, Journalistin bei «Le Monde», in ihrem Buch mit dem sprechenden Titel: «Qui c'est le chef?». Sie beleuchtet den Kampf der Seilschaften und Struppenzieher um Geld und Macht. Ihre Grundthese ist: Frankreichs Streitkräfte haben viele Aufgaben und zu wenig Mittel.

Tatsächlich sind Frankreichs Streitkräfte an vielen Fronten gefordert. Früher in Afghanistan, Libyen, Côte d'Ivoire und Zentralafrika, derzeit in

Syrien, im Irak und in den Sahel-Staaten. In Frankreich selbst sollen die Soldaten islamistische Terroristen abwehren. Der grösste Feind des Militärs aber ist das Finanzministerium, eine erweiterte Kampfzone umfasst zudem das Aussenministerium und die Rüstungsindustrie – es sind viele und widersprüchliche Interessen. Wie anderswo auch werden Rüstungsprogramme zusammengestrichen, Sparscheide eher zufällig umgesetzt. Frankreichs Armeen stehen einigermassen zerzaust da, es fehlt sogar an kugelsicheren Westen. Dennoch unterstreicht Guibert, nur leicht ironisch: «Frankreich hat schöne Streitkräfte.» Und ja, der amerikanische Präsident Donald Trump war an jenem 14. Juli von der Parade beeindruckt.



Nathalie Guibert: Qui c'est le chef? Politiques et généraux dans le miroir. La vraie crise entre le pouvoir et l'armée. Robert Laffont, Paris 2018. 285 S., Fr. 35.90.

Ein blinder Fleck

Die «Traverse» beleuchtet die Geschichte der Parlamente in der Schweiz

Urs Hafner · Neulich im Bundeshaus: Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneider, Bundesrat Ignazio Cassis und der Geschichtswissenschaftler Georg Kreis diskutieren vor Publikum angeregt über die Aussenpolitik der Schweiz und insbesondere das Rahmenabkommen. Initiiert hat den Anlass die «Traverse», um ihre neue Ausgabe zu lancieren. Die Geschichtszeitschrift wurde 1994 von jungen Historikerinnen und Historikern gegründet, denen das offizielle Zunftorgan, die «Schweizerische Zeitschrift für Geschichte», zu staubig und staatstragend erschien. Die ersten Nummern thematisierten etwa Drogensucht, «Stadtentzifferung» und Arbeitslosigkeit. Mitunter schlägt die Geschichte Kapriolen.

Staatstragend war der Anlass in der Wandelhalle, aber nicht verstaubt. Kreis skizzierte in Anlehnung an seinen Magazinbeitrag die Entwicklung der schweizerischen Aussenpolitik – die zunächst, nach der Bundesstaatsgründung, fast nicht existierte und dann lange fest in der Hand des Bundesrats lag. Das erste Staatsvertragsreferendum, das dessen Macht brach, kam um 1920 durch die direkte Demokratie zustande – die heute,

wie das Podium belegt, von den Eliten mitunter beargwöhnt wird, wenn es um Aussenpolitik geht. Man fürchtet Unwissenheit und Wankelmut. In der Aussenpolitik mischt das Bundesparlament erst seit den 1990er Jahren mit, als die beiden Aussenpolitischen Kommissionen gestärkt wurden, dafür umso kräftiger.

Die Parlamente, das eidgenössische wie die kantonalen: Sie bilden in der Geschichtsforschung eine eigentümliche Leerstelle, wie die neue «Traverse» aufzeigt. Vermutlich stehen sie im Schatten der erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegen den Willen der freisinnigen Gründerfiguren eingeführten direkten Demokratie beziehungsweise «Pöbelherrschaft», wie es hiess. Im heutigen Selbstverständnis der Schweiz ist im Grund keine Volksvertretung vorgesehen, denn der Souverän ist das Volk.

Die Zeitschrift wirft spannende Schlaglichter, etwa auf die Verbreiterung des Sozialprofils der Politiker ab 1940 (Zoé Kergomard), auf den Kulturwandel von 1971, als plötzlich Frauen durch die Bundeshallen wandelten (Fabienne Amlinger), oder auf das berühmt-berühmte Vernehmlassungsverfahren, das

den Gesetzgeber erst einmal ausschaltet. Bis Mitte der neunziger Jahre forderten zahlreiche Vorstösse auch von bürgerlicher Seite mit Verweis auf die bedrohte Demokratie mehr Transparenz. Das Parlament fühlte sich also wiederholt von den Wirtschaftsverbänden und vom Bundesrat übergangen, obschon sich die Zahl der Vernehmlassungen in Grenzen hielt, verglichen jedenfalls mit deren Vervielfachung in den letzten zwei Jahrzehnten (über 130 jährlich). Doch das mittlerweile durch eine Reform gestärkte «Halbberufsparlament», wie Niklaus Bieri schreibt, stört sich nun nicht mehr an den Vernehmlassungen, sondern verlangt vom Bundesrat vielmehr, die Verbände besser zu unterstützen. Ja, die Geschichte schlägt Kapriolen.



Traverse – Zeitschrift für Geschichte. Macht und Repräsentativität von Schweizer Parlamenten nach 1848. Chronos-Verlag, Zürich 2019. 219 S., Fr. 28.–.